

Unsere Partei spricht sich dafür aus, daß die Universitäten und Hochschulen einen juristischen Status erhalten, der ihnen Selbstbestimmung in Forschung und Lehre sichert. Wir treten ein für Lehrfreiheit, für die Wahl aller akademischen Amtsträger und für studentische Selbstverwaltung. Wir brauchen ein demokratisches Verfahren für die Berufung von Hochschullehrern, das die wissenschaftliche Kompetenz des Kandidaten und seine menschliche Reife in den Mittelpunkt stellt. *(Beifall)*

Wir treten dafür ein, die Zulassung zum Studium durchschaubarer zu gestalten und den Absolventeneinsatz von bürokratischen Einengungen zu befreien. Jeder Student sollte die Möglichkeit erhalten, sich um ausgeschriebene Stellen zu bewerben. *(Beifall)*

Das wäre auch ein wichtiger Schritt zur Durchsetzung des Leistungsprinzips.

Unsere Partei tritt dafür ein, unter der Verantwortung der örtlichen Organe die Wohnbedingungen der Studenten in den Internaten entschieden zu verbessern. Als Stätten des geistig-kulturellen Austausches sollten die Universitäten und Hochschulen für alle interessierten Bürger offen sein und ihre Angebote für Vorlesungen und wissenschaftliche Dispute erweitern.

Größte Anstrengungen sind notwendig, um die medizinische und soziale Betreuung der Bürger aufrechtzuerhalten. Deshalb ist jetzt das Wichtigste, die Funktionstüchtigkeit der Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens zu sichern und den Ärzten, Schwestern und anderen Mitarbeitern überall wirksame praktische Hilfe zu leisten. Ihnen, die oft unter äußerst angespannten Bedingungen arbeiten und die nicht wie andere sich diesbezüglich ihrer Verantwortung entzogen haben, zollen wir unseren Respekt und unsere Hochachtung. *(Beifall)*

Wir haben solide ausgebildete und aufopferungsvoll arbeitende Ärzte und Schwestern. Ihre Leistungsmöglichkeiten wurden jedoch zunehmend eingengt, da die zur Verfügung gestellten Kräfte und Mittel nicht mehr mit der Entwicklung der modernen Medizin Schritt gehalten haben. Gute Medizin ist auch international ohne hohen Aufwand nicht möglich. Deshalb halten wir die Neubestimmung der Stellung des Gesundheits- und Sozialwesens und die Erhöhung der dafür erforderlichen Aufwendungen für den entscheidenden Ausgangspunkt der künftigen Entwicklung. Wir stimmen mit der Meinung führender Ärzte unseres Landes überein, einen höheren Anteil des Nationaleinkommens zur Verfügung zu stellen. *(Beifall)*

Aktuell geht es um die Überwindung des ernststen Mangels an Pflegekräften, wozu Lohnerhöhungen unerläßlich sind. Des weiteren geht es um eine bedarfsdeckende Versorgung mit Medikamenten, Verbrauchsmaterialien und medizinischen Geräten, aber auch um eine wesentliche Verbesserung der Vergütung der Ärzte und Zahnärzte, die ihrer besonderen Verantwortung für Leben und Gesundheit der Bürger entspricht. Entschieden mehr Unterstützung und praktische Hilfe muß den älteren und behinderten Bürgern zuteil werden. *(Beifall)*

Was die Gesundheit betrifft, so wird ihr Wert im Gefüge der menschlichen Lebensbedürfnisse immer mehr an die erste Stelle rücken. Deshalb gehört es zu